

URGENT ACTION

# OPPOSITIONSPOLITIKER MUSS FREIGELASSEN WERDEN!

## RUSSISCHE FÖDERATION

UA-Nr: UA-023/2024-1 AI-Index: EUR 46/8766/2024 Datum: 20. November 2024 – as

**ALEKSEI GORINOV, 63 Jahre**

Die russischen Behörden halten den lokalen Oppositionspolitiker Aleksei Gorinov weiter in Haft wegen seiner kritischen Ansichten zum Vorgehen des russischen Militärs in der Ukraine. Zwei Jahre nach seiner willkürlichen Verurteilung auf Grundlage der Kriegszensurgesetze steht Aleksei Gorinov ein neuer Prozess wegen „Rechtfertigung von Terrorismus“ bevor, ein weiterer Vorwurf, der in Russland dazu verwendet wird, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Seine Gesundheit ist angeschlagen.

Es besteht große Sorge um Aleksei Gorinov, einen ehemaligen Stadtrat im Moskauer Bezirk Krasnoselskij, der aktuell eine siebenjährige Haftstrafe verbüßt und dem nun eine weitere Anklage allein wegen der Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung droht.

Aleksei Gorinov wurde im Juli 2022 festgenommen und unter dem Paragraphen 207.3 des russischen Strafgesetzbuchs verurteilt, weil er den russischen Überfall auf die Ukraine als „Krieg“ bezeichnete und darauf hinwies, dass dabei Kinder sterben. Seine Inhaftierung nach den „Kriegszensurgesetzen“ (Paragraphen 207.3 und 280.3 des Strafgesetzbuchs) zeigt einmal mehr die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Kriminalisierung abweichender Meinungen in Russland.

Darüber hinaus wurde Aleksei Gorinov in seiner Haftzeit der „Rechtfertigung von Terrorismus“ beschuldigt, weil er einem anderen Gefangenen seine Ansichten über den Krieg mitgeteilt hatte. Amnesty International kritisiert, dass die bloße Äußerung seiner Meinung, die niemandem geschadet hat, zu schweren Anschuldigungen führte, die eine längere Haftstrafe nach sich ziehen und Aleksei Gorinovs Rechte weiter verletzen könnten.

Außerdem hat sich auch der Gesundheitszustand von Aleksei Gorinov in der Haft beträchtlich verschlechtert. Er wurde wiederholt wegen geringfügiger Verstöße in eine Strafzelle verlegt. Auch wurde ihm eine angemessene medizinische Versorgung verweigert, obwohl er unter Atemproblemen leidet, die durch eine frühere Lungenoperation verschlimmert wurden.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Aleksei Gorinov war die erste Person, die wegen der Verbreitung „falscher Informationen“ über die russischen Streitkräfte (Paragraf 207.3 des Strafgesetzbuchs) zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, weil er den „militärischen Sondereinsatz“ in der Ukraine als „Krieg“ bezeichnet und gesagt hatte, dass dabei Kinder sterben. Am 8. Juli 2022 verurteilte das Bezirksgericht Meschtschanskij den Stadtrat des Moskauer Bezirks Krasnoselskij zu sieben Jahren Gefängnis. Das Urteil gegen Alexej Gorinow beruhte auf Bemerkungen, die er bei einer Ratssitzung am 15. März 2022 über den russischen Angriff gegen die Ukraine gemacht hatte. Er sprach damals über den Tod ukrainischer Kinder aufgrund des Krieges, den die russischen Behörden nach wie vor als „militärischen Sondereinsatz“ bezeichnen. Dabei übte er sein Recht auf freie Meinungsäußerung aus.

Während seiner Inhaftierung wurde Aleksei Gorinov wegen angeblicher Verstöße gegen die Gefängnisvorschriften wiederholt in eine Strafzelle verlegt, die als SHIZO bezeichnet wird. In der Haft erkrankte er auch an Atemproblemen, die dadurch verschlimmert werden, dass ihm einige Jahre vor der Inhaftierung ein Teil der Lunge entfernt wurde. Die Gefängnisbehörden verweigerten ihm dennoch eine angemessene medizinische Versorgung und zwangen ihn stattdessen, draußen Schnee zu räumen.

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Am 9. Dezember 2023 richteten mehr als 240 Angehörige medizinischer Berufe einen offenen Brief an Präsident Wladimir Putin, in dem sie ihre Besorgnis über den Gesundheitszustand von Aleksei Gorinov zum Ausdruck brachten und forderten, ihm die notwendige medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Später im Dezember wurde er in ein Gefängnis Krankenhaus verlegt und dort mehr als drei Monate festgehalten.

Im April 2024, nachdem er aus dem Gefängnis Krankenhaus in eine Strafkolonie in Wladimir zurückgeschickt worden war, berichtete Aleksei Gorinov, dass die Gefängnisbehörden ihn unter Selbstmord- und Selbstverletzungsüberwachung gestellt hatten. In einer Botschaft versicherte Gorinov, dass er „niemals freiwillig sein Leben beenden würde“, da er „das Leben als ein Geschenk des Universums“ betrachte. Er betonte außerdem, dass er noch Pläne und wichtige Dinge zu erledigen habe, und beendete seine Botschaft mit den Worten: „Bitte merken Sie sich das, falls mir plötzlich etwas zustoßen sollte.“ Außerdem hat Aleksei Gorinov sich in einer Beschwerde an das Gericht darüber beklagt, dass das Gefängnispersonal ihn nachts aufweckte und versuchte, ihn unter Druck zu setzen. Nach seiner Verlegung in das Untersuchungsgefängnis in Wladimir Ende April wurde er nachts nicht mehr belästigt.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Ich fordere Sie auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anklagen gegen Aleksei Gorinov fallen zu lassen, seine vorherige Verurteilung aufzuheben und ihn unverzüglich und bedingungslos freizulassen.
- Außerdem fordere ich Sie auf, die Anwendung der Kriegszensurgesetze und der Anti-Terror- und Anti-Extremismus-Gesetze zu überdenken, da sie dazu verwendet werden, die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu verletzen.
- Russland muss unbedingt seinen internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nachkommen und Personen freilassen, die nur deshalb inhaftiert sind, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN**

#### **GENERALSTAATSANWALT DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Office of the Prosecutor General  
Igor Viktorovich Krasnov  
Prosecutor General of the Russian Federation  
15a Bolshaya Dmitrovka Street  
Moskau, 125993  
RUSSISCHE FÖDERATION  
(Anrede: Dear Prosecutor General /  
Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)

#### **KOPIEN AN**

#### **BOTSCHAFT DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

S. E. Herrn Sergej J. Netschajew  
Unter den Linden 63-65  
10117 Berlin  
**Fax: 030-2299 397**  
**E-Mail: [info@russische-botschaft.de](mailto:info@russische-botschaft.de)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Russisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **31. Dezember 2024** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-023/2024** (EUR 46/7821/2024, 13. März 2024)

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- I urge you to take all necessary steps in order to drop the charges against Aleksei Gorinov and overturn his previous conviction, as well as release him immediately and unconditionally.
- I also call on you to reconsider the application of the war censorship laws and the anti-terrorism and anti-extremism legislation, which are being used to violate the rights to freedom of expression and peaceful assembly.
- It is imperative that Russia upholds its international human rights obligations and releases individuals imprisoned solely for exercising their right to freedom of expression.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Am 13. September 2023 leiteten die russischen Behörden ein neues Ermittlungsverfahren gegen Aleksei Gorinov ein. Darin wird er der „Rechtfertigung von Terrorismus“ beschuldigt, weil er über einen angeblichen ukrainischen Angriff auf eine Brücke auf der Krim und das Asow-Regiment der ukrainischen Streitkräfte – das in Russland zu einer „terroristischen Organisation“ erklärt wurde – gesprochen hat. Die ersten Anhörungen zu dieser Anklage werden voraussichtlich am 19. November 2024 beginnen.

Die im März 2022 eingeführten russischen Kriegszensurgesetze kriminalisieren Kritik an dem russischen Angriff gegen die Ukraine und an mutmaßlichen Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte als „Falschdarstellung“ und „Diskreditierung“ der russischen Streitkräfte (Paragrafen 207.3 und 280.3 des Strafgesetzbuchs), worauf eine Höchststrafe von 15 Jahren Haft steht. Im Oktober 2024 teilte Amnesty International den russischen Behörden mit, dass die Organisation weltweit 330.000 Unterschriften gesammelt hat, mit denen sie die russischen Behörden auffordert, ihre Kriegszensurgesetze aufzuheben und alle Personen freizulassen, die nur wegen ihrer Kritik am Krieg in der Ukraine inhaftiert sind.

Im Februar 2024 dokumentierte Amnesty International die beunruhigende Eskalation des Missbrauchs vager Anti-Terrorismus- und Anti-Extremismus-Gesetze in Russland seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine. Hunderte Personen wurden unter dem Vorwurf der „Rechtfertigung von Terrorismus“ verurteilt, weil sie lediglich über bestimmte Handlungen oder Organisationen, die von den russischen Behörden willkürlich als „terroristisch“ eingestuft wurden, gesprochen oder ihre Sympathie dafür bekundet hatten. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine reichten Sympathiebekundungen für die Ukraine – wie etwa Freude über militärische Erfolge oder Unterstützung der aus russischen Freiwilligen bestehenden ukrainischen Militäreinheiten – aus, um unter diesem Vorwurf strafrechtlich verfolgt zu werden. Amnesty International fordert Russland auf, seine Anti-Terrorismus- und Anti-Extremismus-Gesetze zu überprüfen, sie mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Russlands in Einklang zu bringen und sicherzustellen, dass sie nicht dazu verwendet werden können, friedlichen Dissens zu kriminalisieren und zu verfolgen oder anderweitig die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung sowie andere Menschenrechte zu verletzen. Außerdem fordert Amnesty die russischen Behörden auf, alle Personen, die aufgrund unbegründeter Anklagen im Zusammenhang mit Terrorismus und Extremismus verurteilt wurden oder strafrechtlich verfolgt werden, unverzüglich freizusprechen und die Anklagen gegen sie fallen zu lassen, sofern sie nicht wegen einer international anerkannten Straftat angeklagt sind.

